

Stadtkämmerer Martin Burlage

Einbringung des Haushaltsentwurfes 2010 der Stadt Ibbenbüren

Herr Bürgermeister Steingröver,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie der Bürgermeister bereits erläutert hat, konnten im letzten Jahr die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nur schemenhaft prognostiziert werden. Zum diesjährigen Haushalt liegen uns erste Auswertungen belastbarer Zahlen vor. Die Ende Februar vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen belegen die fatalen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die kommunalen Haushalte. Der gravierendste Einbruch auf der Ertragsseite ist bundesweit bei der Gewerbesteuer festzustellen. Diese sank gegenüber dem Vorjahr in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 um über 20 %. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer brach mit 7 % ebenfalls erheblich ein und verstärkt damit die strukturellen Einnahmeausfälle auch bei den Kommunen.

Die Versuche von Bund und Land, mit kräftiger Unterstützung der Kommunen die Folgen der größten Finanz- und Wirtschaftskrise kreditfinanziert mit Steuererleichterungen zu beseitigen, werden die Ertragsseite der kommunalen Haushalte in den nächsten Jahren weiterhin nachhaltig negativ beeinflussen.

Nach den aktuellen Ergebnissen der Umfrage des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen können nur noch 35 von rd. 360 Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. 277 Kommunen können den Haushalt nur durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage ausgleichen und bereits 48 Kommunen befinden sich in der Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen. Weit über 60 % der Kommunen, die in 2010 noch über eine Ausgleichsrücklage verfügen, werden diese am Ende des Finanzplanungszeitraums aufgezehrt haben. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die kommunalen Haushalte.

Auch auf Bundesebene wurde zwischenzeitlich die bedrohliche finanzielle Lage der Kommunen wahrgenommen. In besonderer Anerkennung der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung wurde am 24. Februar diesen Jahres unter dem Vorsitz des Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble eine Gemeindefinanzkommission gegründet. Dieser Kommission gehören der Bundeswirtschaftsminister, der Bundesinnenminister sowie mehrere Landesinnenminister und Landesfinanzminister - u. a. die Herren Dr. Linssen und Dr. Wolf - sowie die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände an. Sie hat den Auftrag, auf der Basis einer zeitnahen Bestandsaufnahme Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten. Wir werden Sie zeitnah über die Arbeit der Gemeindefinanzkommission informieren.

Doch nun beende ich meine Ausführungen zur finanziellen Gesamtsituation der Kommunen.

Bevor ich auf die wesentlichen Daten des Haushaltsplanentwurfs 2010 näher eingehe, möchte ich noch einmal einen kurzen Rückblick auf die Ausgangssituation werfen.

An dieser Stelle möchte ich nur kurz darauf verweisen, dass die NKF-Umstellung noch nicht abgeschlossen ist. Ein weiteres NKF-Projekt wird die erstmalige Erstellung der Konzernbilanz zum 31.12.2010 sein. Der Konzernabschluss eliminiert alle Leistungs- und Kapitalverflechtungen zwischen der Stadt und den Beteiligungsunternehmen und stellt den „Konzern Stadt“ so dar, als handele es sich um ein einzelnes Unternehmen.

Der erste Haushalt 2008, der nach den Regelungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements aufgestellt wurde, schließt bekanntermaßen mit einem Überschuss ab. Nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2008 konnte bereits das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit mit einem erheblichen Überschuss abgeschlossen werden. Infolge der erheblich verbesserten Ertragslage, konnte trotz eines negativen Saldos aus Investitionstätigkeit noch ein Anstieg der liquiden Mittel erwirtschaftet werden. Auch in 2008 wurden die Erlöse aus dem Verkauf des RWE-Aktienpaketes zur erhöhten Tilgung der Darlehensverbindlichkeiten eingesetzt. Die Gründe für diesen überaus positiven Abschluss waren nahezu ausschließlich begründet in den erhöhten konjunkturabhängigen Erträgen der Gewerbesteuer mit einem Aufkommen von rd. 16,6 Mio. EUR und dem Anteil an der Einkommensteuer in Höhe von 14,7 Mio. EUR.

In 2009 stellt sich die Situation in Anbetracht der ersten spürbaren Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits etwas anders dar. Zurückgehende Erträge bei der Gewerbesteuer (15,6 Mio. EUR), dem Anteil an der Einkommensteuer (13,8 Mio. EUR) und steigende Aufwendungen u. a. bei den Personalaufwendungen (21,7 Mio. EUR) und bei der Kreisumlage (2008 16,7 Mio. EUR; 2009 17,7 Mio. EUR) führen nach ersten vorsichtigen Berechnungen noch zu einer insgesamt ausgeglichenen Ergebnisrechnung. Die Ausgleichsrücklage steht damit aller Voraussicht nach noch in voller Höhe zur Verfügung. Die Investitionstätigkeit belief sich in 2009 auf rd. 10 Mio. EUR und führte neben der Fortführung der erhöhten Tilgung der Darlehensverbindlichkeiten zu einer Reduzierung des liquiden Mittelbestandes. Der liquide Mittelbestand beläuft sich zum 31.12.2009 auf rd. 32 Mio. EUR. Soviel zur Ausgangslage.

Ergebnisplan 2010

Doch nun zum Haushalt des Jahres 2010. Die Eckdaten des Haushalts 2010 stellen sich wie folgt dar. Die Erträge belaufen sich auf rd. 97,7 Mio. EUR. Sie liegen damit um rd. 0,3 Mio. EUR unter den Erträgen des Vorjahres. Die Aufwendungen belaufen sich auf 103,3 Mio. EUR und liegen um rd. 5,6 Mio. EUR über den Aufwendungen des Vorjahres. An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Veranschlagungen der Mittel des Konjunkturpakets II das Bild ein wenig verfälschen. In Ausführung der von Ihnen beschlossenen Maßnahmen berücksichtigt der vorliegende Entwurf Maßnahmen des Konjunkturpakets II auf der Ertrags- und Aufwandsseite in Höhe von jeweils knapp 2,2 Mio. EUR.

Es besteht somit eine Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rd. 5,6 Mio. EUR. Der Haushalt 2010 kann somit nur durch eine entsprechende Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden. Bevor ich gleich näher auf einzelne Positionen des Haushaltes 2010 eingehe, möchte ich Ihren Blick zunächst auf die Finanzplanung bis 2013 lenken. Die Defizite in der Finanzplanung entwickeln sich von rd. 5,6 Mio. EUR in 2010, über 5,0 Mio. EUR in 2011, 4,1 Mio. EUR in 2012 auf 3,2 Mio. EUR in 2013.

Das bedeutet, dass nach dem aktuellen Stand der Planung Ende 2013 die Ausgleichsrücklage mit rd. 17,9 Mio. EUR verbraucht sein wird. Das ist in der Konsequenz eine äußerst bedrohliche Entwicklung, die zügig konkrete Gegensteuerungsmaßnahmen - auch im Interesse intergenerativer Gerechtigkeit - erfordert.

Aber nun möchte ich auf einige wesentliche Etatpositionen zunächst im Ergebnisplan 2010 näher eingehen.

Der Planentwurf enthält für 2010 weiterhin stabile Steuersätze bei den Realsteuern. Anzumerken ist, dass der Gewerbesteuerhebesatz damit auch im achten Jahr in Folge unverändert bleibt.

Grundsteuern

Das Grundsteueraufkommen beträgt im vorliegenden Entwurf rd. 6,2 Mio. EUR. Die Grundsteuern erweisen sich weiterhin als stabile und verlässliche Einnahmesäulen. Angesichts der allgemeinen finanzwirtschaftlichen Situation erhält die Grundsteuer hierdurch einen neuen Stellenwert. Aufgrund der weiterhin positiven Stadtentwicklung kann in diesem Bereich auch in den Folgejahren mit stetigen Steigerungsraten gerechnet werden.

Gewerbesteuer

Der Ansatz der Gewerbesteuer wurde verhalten optimistisch mit rd. 14,5 Mio. EUR und damit in Höhe des Ansatzes des vergangenen Jahres veranschlagt. Bei der Ansatzbildung wurden die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der inzwischen vom Bund beschlossenen Steuererleichterungen für Unternehmen und Handel und der örtlichen Entwicklung berücksichtigt. An dieser Stelle weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Kalkulation des Gewerbesteueransatzes mit großen Risiken behaftet ist. Es kann immer nur eine Zeitpunktbeurteilung vorgenommen werden. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich die örtliche Wirtschaft im Vergleich zum Bundesdurchschnitt als durchaus krisenresistent darstellt. Die eingangs erwähnten Einbrüche bei der Gewerbesteuer in Höhe von rd. 20 % fielen in Ibbenbüren deutlich geringer aus. Sicherlich auch ein Beleg für die in der Vergangenheit geleistete gute Arbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung. Die weitere Entwicklung ist hier allerdings sehr aufmerksam zu beobachten.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Nach den Ergebnissen der Regionalisierung der November-Steuerschätzung erwarten wir beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für 2010 nur noch rd. 12,6 Mio. EUR und damit im Vergleich zum Ansatz des vergangenen Jahres einen Aufkommensrückgang von rd. 2 Mio. EUR. Für die Folgejahre wurden die Ansätze entsprechend den Vorgaben der Orientierungsdaten hochgerechnet.

Schlüsselzuweisungen

Nach dem Bescheid der Bezirksregierung errechnet sich für die Stadt eine Schlüsselzuweisung in Höhe von rd. 16,8 Mio. EUR. Dies sind im Vergleich zum Vorjahr rd. 1,8 Mio. EUR weniger. Negativ wirkt sich hierbei zum einen die Verringerung der insgesamt auf Landesebene zur Verfügung stehende Schlüsselmasse um rd. 377 Mio. EUR aus. Darüber hinaus wirkt sich für die Stadt negativ aus, dass sie in der Referenzperiode gegenüber der durchschnittlichen Entwicklung in NRW eine erheblich verbesserte Steuerkraft hatte.

Personalaufwendungen

Die durchaus knapp kalkulierten Personalaufwendungen belaufen sich auf rd. 23,0 Mio. EUR und liegen damit um rd. 1,3 Mio. EUR über dem Vorjahresansatz. Berücksichtigt wurden hierbei insbesondere die Mehraufwendungen der Einstellung der 12 Brandmeister ab Oktober 2009 und die bereits für den tariflichen Bereich feststehenden linearen Vergütungssteigerungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen belaufen sich auf insgesamt rd. 18,6 Mio. EUR. Dies sind rd. 2,7 Mio. EUR mehr als im vergangenen Jahr. Zu berücksichtigen ist hier jedoch, dass der Haushaltsansatz Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von 2,2 Mio. EUR beinhaltet. Um diese Aufwendungen bereinigt, liegt der Ansatz damit noch um rd. 0,5 Mio. EUR über dem Vorjahresansatz. Diese Erhöhung ist begründet durch die gestiegenen Energiepreise, erhöhte Aufwendungen für Niederschlagswassergebühren für die Straßen und erhöhte Erstattungsleistungen des Bau- und Servicebetriebs.

Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen belaufen sich insgesamt auf rd. 40,6 Mio. EUR. Gegenüber dem Vorjahr steigt der Aufwand damit um rd. 0,8 Mio. EUR. Die Hauptgründe für diese Steigerung liegen vor allem in der erhöhten Kreisumlage (+ 0,8 Mio. EUR), einer erhöhten Finanzierungsbeteiligung an den kommunalen Aufwendungen nach dem SGB II (+ 0,2 Mio. EUR) und erhöhten Aufwendungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (+ 0,28 Mio. EUR). Des Weiteren führen die Hebesatzsteigerungen zur Gewerbesteuerumlage und zur Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit zu erhöhten Aufwendungen in Höhe von rd. 144.000 EUR. Kompensierend wirken sich hier zu erwartende Minderaufwendungen im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten aus.

Unter Berücksichtigung weiterer kleinerer Veränderungen ergibt sich im Ergebnis das vorgenannte Defizit in Höhe von knapp 5,6 Mio. EUR.

Finanzplan 2010

Der Finanzplan bildet die Zahlungsströme ab. Und hierzu gehören insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen. Die wichtigsten Einzelmaßnahmen, die im investiven Finanzplan für 2010 vorgesehen sind, hat der Bürgermeister bereits dargelegt. Das gilt insbesondere auch für die konjunktur- und sozialpolitisch bedeutsamen Maßnahmen des Konjunkturpakets II, die ich an dieser Stelle nicht alle noch einmal aufzählen möchte.

In vielen Bereichen finden Sie die Maßnahmen, die Sie bereits aus den Vorberatungen zu den jeweiligen Bauprogrammen kennen. Zu nennen sind hier insbesondere die Bauprogramme im Schulbereich, dem Straßen- und Kanalbereich, und dem Grünflächenbereich. In Einzelfällen sind aufgrund der sich verschlechternden Rahmenbedingungen Veränderungen von den Bauprogrammen vorgenommen worden.

Die Investitionsauszahlungen in Höhe von 17,5 Mio. EUR setzen sich wie folgt zusammen:

Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	1.311.300 EUR
Auszahlungen für Baumaßnahmen	12.280.400 EUR
- Hochbaumaßnahmen	5.736.050 EUR
Mensa Goethe-Gymnasium	1.100.000 EUR
Attraktivierung Aaseebad netto	925.000 EUR

Aufstockung 2. OG Alte Sparkasse K II	510.750 EUR
Erweiterung u. Erneuerung Ludwigschule K II	350.000 EUR
Aufstockung Anne-Frank-Realschule K II	319.500 EUR
- Tiefbaumaßnahmen (Straßen- und Kanalbau, einschl. Erweiterung Kläranlage Püßelbüren) insgesamt	5.322.900 EUR
Breitbandverkabelung Püßelbüren und Dickenberg	250.000 EUR
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen	2.554.100 EUR
Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen (u. a. Kostenbeteiligung Westumgehung Laggenbeck, Verbesserung U3-Betreuung)	1.330.350 EUR

Den Investitionsauszahlungen stehen folgende Investitionseinzahlungen in Höhe von insgesamt 13,0 Mio. EUR gegenüber:

Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	7.855.000 EUR
- Zuweisungen Konjunkturpaket II	rd. 3.130.000 EUR
- Investitionspauschale	1.185.800 EUR
- Schul- und Bildungspauschale	1.573.500 EUR
- Sportpauschale	139.600 EUR
- Feuerschutzpauschale	107.000 EUR
- Zuweisung Mensa Paul-Gerhardt-Schule	100.000 EUR
- Zuweisung Mensa Anne-Frank-Realschule	100.000 EUR
- Zuweisung für Verbesserung Betreuungsangebot U3-Bereich	667.800 EUR
- GVFG-Zuw. Eisenbahnkreuzung Mühlenweg	101.500 EUR
- GVFG-Zuw. Ausbau P+R Parkpl. Laggenbecker Str./Bhf. Ibbenbüren	269.800 EUR
- Landeszuweisung Breitbandverkabelung	225.000 EUR
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen (Erlöse aus der Veräußerung von Industrie- und Gewerbe- sowie Wohnbaugrundstücken)	2.988.250 EUR
Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten	2.036.000 EUR
- Erschließungs- Anliegerbeiträge	1.309.000 EUR
- Beiträge Entwässerungsbereich	608.000 EUR
- Beiträge Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen	99.000 EUR
Sonstige Investitionseinzahlungen (Kostenerstattungen Dritter)	175.930 EUR

Abschließend möchte ich Ihnen nun kurz die Auswirkungen der vorgenannten Veranschlagungen auf den Finanzplan und somit auf die Entwicklung des liquiden Mittelbestandes erläutern.

Der Gesamtfinanzplan 2010 stellt sich wie folgt dar:

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit belaufen sich auf rd. 86,4 Mio. EUR; die Auszahlungen auf rd. 88,8 Mio. EUR. Es besteht somit die Notwendigkeit, bereits für die laufenden Auszahlungen einen Teil des liquiden Mittelbestandes in Anspruch nehmen zu müssen. Für Investitionen können deshalb aus laufender Verwaltungstätigkeit keine Mittel verfügbar gemacht werden.

Die Gesamtauszahlungen für die Investitionstätigkeit belaufen sich auf knapp 17,47 Mio. EUR und können durch die Gesamteinzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 13,05 Mio. EUR gedeckt werden. Dies führt zu einer weiteren Deckungslücke in Höhe von rd. 4,42 Mio. EUR. Des Weiteren sind Tilgungsleistungen in Höhe von rd. 4,67 Mio. EUR berücksichtigt. Aus den vorgenannten negativen Finanzierungssalden ergibt sich eine Deckungslücke in Höhe von rd. 11,46 Mio. EUR. Aufgrund des bereits eben erwähnten Bestandes an liquiden Mitteln in Höhe von rd. 28 Mio. EUR zu Beginn des Jahres 2010 führt diese Entnahme zu einem planmäßigen Bestand von rd. 16,54 Mio. EUR am Ende des Jahres 2010. In 2013 ist es daher zur Sicherung eines Mindestbestandes an liquiden Mitteln unumgänglich, den zur Umschuldung anstehenden Darlehen Darlehensaufnahmen gegenüberzustellen. Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich, dass damit keine Nettoneuverschuldung einhergeht. Vielmehr soll auch weiterhin konsequent das Ziel eines weiteren Schuldenabbaus verfolgt werden.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplanentwurf 2010 leistet einen gewichtigen Beitrag zur Fortentwicklung der Stadt. Auch weiterhin ist es Ziel, die Rahmenbedingungen für die örtliche Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vereine und Verbände weiter zu fördern und nach Möglichkeit zu verbessern. Das vielfältige Vereinsleben, die krisenresistente Wirtschaftsstruktur und eine niedrige Arbeitslosenquote sind Beleg für eine in der Vergangenheit zum Wohle der Stadt geleistete Arbeit, die auch in Zukunft fortgesetzt werden muss.

Neben der Konjunkturbelebung durch das soeben erläuterte außerordentlich anspruchsvolle Investitionsprogramm ist in den nächsten Jahren eine strenge Haushaltskonsolidierung angesagt, um das unverschuldet ins Schlingern geratene Haushaltsschiff der Stadt Ibbenbüren wieder auf klaren Kurs zu bringen. Vorrangiges Ziel muss es daher sein, die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten und die drohende Gefahr eines Haushaltssicherungskonzeptes zu bannen. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist die Haushaltswirtschaft zwingend an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Das aufgezeigte Defizit zwischen den Erträgen und Aufwendungen ist zu reduzieren. Mittelfristig sollten nach Möglichkeit wieder die notwendigen Haushaltsmittel erwirtschaftet werden können, um die für die Fortentwicklung der Stadt dringend notwendigen Investitionen finanzieren und den in den vergangenen Jahren umgesetzten Entschuldungskurs weiter fortsetzen zu können.

Mir ist sehr wohl bekannt, dass auch in der jüngeren Vergangenheit bereits in erheblichem Umfang Konsolidierungsmaßnahmen nicht nur angestoßen, sondern auch umgesetzt wurden. Ich schlage Ihnen aber dennoch vor, zunächst verwaltungsintern ein Projekt über alle Produktbereiche hinweg zur Haushaltskonsolidierung durchzuführen. Ziel sollte es sein, im Sinne einer Aufgabenkritik, jedoch unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und hierzu zählen u. a. die Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt, der demografischen Entwicklungen und die Erkenntnisse aus dem Stadtentwicklungsprogramm, Vorschläge für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu benennen und zu bewerten. Sie sollen einen umfassenden Überblick erhalten, welche Aufgaben des Haushaltes überhaupt und unter welchen

Bedingungen als finanziell disponible Masse zur Diskussion gestellt werden können. Die Ergebnisse könnten zunächst interfraktionell diskutiert werden. Der Rat wird jedoch anschließend zu entscheiden haben, welche Konsolidierungsvorschläge er annehmen und in welchem Umfange er diese dann zielführend umgesetzt sehen möchte. Es ist mir sehr wohl bewusst, dass damit von allen Verantwortlichen ein immenser Kraftakt eingefordert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme nun zum Schluss meiner Haushaltsrede.

Ganz herzlich möchte ich mich bei Herrn Bürgermeister Steingröver, Frau Heitzig und Herrn Siedler sowie stellvertretend für die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Frau Welp und Herrn Otte, die maßgeblich den vorliegenden Haushaltsplanentwurf erstellt haben, für den freundlichen und offenen Empfang bedanken. Hier ist bereits der Grundstein für eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit gelegt worden. Ihnen meine Damen und Herren wünsche ich gute und zielführende Beratungen des Entwurfs zum Wohle der Stadt. Sofern Sie es wünschen, stehe ich Ihnen selbstverständlich gern bei den anstehenden Beratungen zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Glück auf!